

Verbot der «ewigen Chemikalien»?

Über 100 Fachleute aus dem In- und Ausland suchten in Brugg nach Lösungen.



Alarmismus sei nicht angebracht, sagte Marcus Morstein vom Hightech Zentrum Aargau. «Das machten die in Brugg versammelten Fachleute deutlich.»

Bild: Nadine Zielinski/zvg

Daniel Vizentini

Sie sind unter anderem in Teflonpfannen, Imprägniermitteln, altem Feuerlöschschaum und Skiwachs zu finden: sogenannte per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (kurz: PFAS). Fluor macht diese Stoffe extrem beständig gegen Hitze und Chemikalien, sie kommen deshalb breit zum Einsatz.

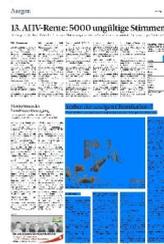
In der Umwelt bauen sie sich

aber nicht oder nicht vollständig ab und belasten so Grundwasser und Boden. Einige PFAS sind toxisch, sie können sich im menschlichen Körper anreichern und zum Beispiel Krebs verursachen.

In jeder zweiten Grundwasserprobe hierzulande wurden PFAS bereits nachgewiesen. Da-

bei zeigte sich, dass im Aargau zwar die Schweizer Grenzwerte eingehalten werden. Die viel tieferen Grenzwerte aus den USA aber würden in 16 Gemeinden erreicht oder überschritten. Der weniger tiefe Grenzwert der EU, den die Schweiz übernehmen will, würde in Stein und Muri verletzt.

Die EU will PFAS wegen



der Gefahr für die Menschen ganz verbieten – immerhin bei üblichen Konsumgütern wie Regenjacken, Pfannen und Töpfen. Dort sind die Stoffe auch eher leicht zu ersetzen. Firmen wie Mammut oder Kuhn-Rikon arbeiten bereits daran.

Was aber die Industrie betrifft, wird man wohl nicht ganz von PFAS wegkommen können. Ein Verbot könnte etliche Prozesse wie die Abfüllung von Getränken massiv verteuern, heisst es. Dazu sind Komponenten aus PFAS in der Metallverarbeitung oder Mikroelektronik nicht wegzudenken.

In Brugg werden erste Weichen gestellt

Für die Industrie wird man Lösungen suchen müssen, zum Beispiel klare Auflagen bei der Verwendung und Entsorgung von PFAS. Wie diese aussehen könnten, diskutierten über 100 Fachleute aus dem In- und Ausland im Brugger Technopark. Am Anlass des Hightech Zen-

trums Aargau wurden regulatorische Szenarien skizziert und mögliche technische Antworten aufgezeigt.

Wie weit das PFAS-Verbot gehen und wann es in Kraft treten wird, ist offen. Die europaweiten Diskussionen seien kontrovers, legt Tagungsleiter, Chemiker und Innovationsexperte Marcus Morstein vom Hightech Zentrum dar. Eins zu eins lasse sich Fluor aufgrund seiner einzigartigen Eigenschaften nicht ersetzen. «Doch Alarmismus – das machten die in Brugg versammelten Fachleute deutlich – ist ebenfalls nicht angebracht.»

Derzeit läuft in der EU das Vernehmlassungsverfahren in Sachen PFAS. Abgeschlossen wird es frühestens Ende 2025. Allenfalls wird diese Frist verlängert, denn es gelte auch, die sozialwirtschaftlichen Auswirkungen eines Verbots zu beachten. Viele Arbeitsplätze hängen davon ab.

«Der Industrie bleibt noch Zeit, um zu reagieren», sagt Marcus Morstein. Es werde in-

tensiv geforscht, man befinde sich in einem Übergangsprozess. «Am Ende haben wir vielleicht die besseren Schmier- und Dichtmittel als heute.»

Welche Industriebereiche wären im Aargau betroffen?

Am wegweisenden Anlass in Brugg waren Aargauer Maschinenbauunternehmen oder Unternehmen der chemischen Industrie, Hersteller von Messgeräten, Pumpen, Dichtungen und Beschichtungen, Firmen aus dem Bereich Energietechnik und Hochspannung, Medtech- sowie Wissenschaftslabors. Betroffen wäre zum Beispiel das PSI in Villigen.

Ein PFAS-Verbot würde einige Branchen tangieren, wie Marcus Morstein darlegt. Auch Unternehmen aus dem Rest des Landes beteiligten sich an den Diskussionen in Brugg, darunter aus den Bereichen Präzisions-, Vakuum- und Kunststofftechnik, der Uhren- oder Verpackungsindustrie.